

NACHRICHTEN

Proteste in Stuttgart gegen Studiengebühren

Gegenwind für die baden-württembergische Wissenschaftsministerin Theresia Bauer. Die Grünen-Politikerin will erreichen, dass Studenten von außerhalb der EU künftig 1500 Euro pro Semester zahlen. Am Freitag demonstrierten nach Schätzung der Polizei in Stuttgart 200 Menschen gegen einen von Bauer vorgelegten Gesetzentwurf. Unmut erregt auch ein um 10 auf 60 Euro erhöhter Verwaltungskostenbeitrag für alle Studenten und eine Gebühr von 650 Euro für ein Zweitstudium pro Semester. FR/dpa

Orbán: Neu ankommende Flüchtlinge inhaftieren

Ungarns Regierungschef Viktor Orbán nimmt einen Verstoß gegen EU-Recht in Kauf. Er will alle in dem Land ankommenden Flüchtlinge systematisch inhaftieren lassen. Die Regierung habe beschlossen, „die Festsetzung von Fremden durch die Polizei wieder einzuführen“, sagte Orbán am Freitag. Details nannte er nicht. Er räumte ein, dass systematische Festnahmen mit EU-Recht nicht vereinbar seien. afp

Vor Abstimmung Tumulte im türkischen Parlament

Das türkische Parlament hat drei weitere Artikel der umstrittenen Verfassungsreform gebilligt. Die Artikel zu den Kontrollrechten des Parlaments, der Parteizugehörigkeit des Präsidenten und den künftigen Befugnissen des Staatsoberhauptes wurden in der Nacht zum Freitag mit den Stimmen der regierenden AKP und der ultrarechten MHP gebilligt. Die Abstimmung über die Artikel verlief relativ ruhig, nachdem es in der Nacht zum Donnerstag heftige Tumulte im Parlament und eine Schlägerei zwischen Abgeordneten von Opposition und Regierung gegeben hatte. afp

Zypern-Konferenz wird in Genf fortgesetzt

Die Wiedervereinigung Zyperns wird immer mehr zur Militärfrage. Der erhoffte Durchbruch bei den historischen Zypernverhandlungen zur Wiedervereinigung der seit mehr als 40 Jahren geteilten Insel ist zunächst ausgeblieben. Die Außenminister der Garantmächte Türkei, Griechenland und Großbritannien reisten nach eintägigen Verhandlungen unverrichteter Dinge aus Genf ab. Knackpunkt sind vor allem die 35 000 türkischen Soldaten auf Zypern. Die Verhandlungen gehen am 18. Januar weiter. dpa

Obama zementiert Annäherung an Havanna

Nach jahrzehntelanger Vorzugsbehandlung erhalten illegal in die USA eingereiste Kubaner nicht länger eine vereinfachte Aufenthaltsgenehmigung. In einer seiner letzten Anordnungen hob der scheidende US-Präsident Barack Obama am Donnerstag die Regelung auf, die kubanischen Flüchtlingen bisher einen privilegierten Zugang zu einem US-Aufenthaltstitel gewährte. Damit zementierte Obama seine Politik der Annäherung an den Karibikstaat. afp

„Wir suchen die Kraftprobe“

Jean-Luc Mélenchon über seine Präsidentschaftskandidatur für die französische Linke

Herr Mélenchon Sie haben sicher die TV-Debatte der sozialistischen Kandidaten verfolgt ...

Ich musste für sie leiden. Denn ehrlich: Ich habe mich gelangweilt. So viele Lügen. Man kann nicht das eine sagen, aber das andere machen.

Warum haben Sie nicht selbst mitgemacht, um eine Einheitskandidatur der Linken zu ermöglichen?

Das ist eine Frage der Loyalität gegenüber meinen Ideen. Ich kann nicht an einer internen Vorauswahl teilnehmen, bei der wir uns in der Sache in nichts einig sind.

Sozialistische Kandidaten wie Arnaud Montebourg sind aber gar nicht so weit von Ihnen entfernt. Er bietet ihnen eine Allianz nach der Primärwahl an.

Die Regierung, der Montebourg angehört, hat ein liberales Arbeitsrecht in Kraft gesetzt, das Millionen von Leuten auf die Straße getrieben hat. Die Sozialisten wollen, dass ich ihnen das Proletariat auf einem Tablett mitbringe. Das geht nicht so. Wenn Manuel Valls (vom rechten Parteiflügel der Sozialisten, die Red.) die Primärwahl gewinnt, werden die sozialistischen Wähler in Massen zu mir überlaufen. Und wenn Montebourg gewinnt, werden wir halt kämpfen.

Ein Sozialist gegen einen Linken – und die Rechte profitiert.

Sehen Sie, die Sozialdemokratie, einst die Matrix der europäischen Progressiven, ist heute in zwei Teile gespalten und politisch am Ende. Sie wollte das kapitalistische System korrigieren, kann aber seinen Lauf auch nicht ändern, da es auf dem ewigen Wirtschaftswachstum beruht. Die Sozialdemokraten wissen selber nicht mehr, wie sie die Globalisierung bremsen sollen.

Sie sind sehr EU-kritisch. Wollen Sie aus dem Euro aussteigen?



Jean-Luc Mélenchon hofft auch auf die junge Generation der Wähler.

JEAN-FRANCOIS MONIER/AFP

ZUR PERSON

Jean-Luc Mélenchon (66) gründete 2008 die französische Linkspartei, nachdem er aus der Sozialistischen Partei ausgetreten war. Der Kandidat für die Präsidentschaftswahl erhält in Umfragen bis zu 14 Prozent, mehr als alle Kandidaten der Sozialisten. brä

Es geht nicht um den Euro, sondern darum, dass zwischen den Ländern ein Gleichgewicht fehlt, das die Voraussetzung für eine gemeinsame Währung ist. Deutschland hat zu hohe Überschüsse. François Hollande versprach, die EU-Verträge neu auszuhandeln. Er hat nichts getan, außer Frankreich ruiniert.

Was wollen Sie?

Wir verlangen eine echte soziale und fiskalische Harmonisierung zwischen den Mitgliedstaaten, ohne die der Euro unmöglich ist. Wir wollen uns von den Europäi-

schen Verträgen freimachen, um eine wahre Investitionspolitik der Nachfrage sowie einen ökologischen Übergang zu ermöglichen. Wir wollen das Modell des Freihandels überwinden, Märkte schützen und einen solidarischen Protektionismus ermöglichen. Wenn das nicht möglich ist, dann verlassen wir eben das Schiff.

So wie es die Rechtspopulistin Marine Le Pen will?

Le Pen freut sich über den Brexit, sie will den Euro niedermachen, aus der EU aussteigen. Wir steigen nicht einfach aus, sondern suchen zuerst die Kraftprobe. Nicht so sehr mit Deutschland – ich bin germanophil –, sondern mit der deutschen Regierung und Finanzminister Wolfgang Schäuble.

Was halten Sie von Le Pen?

Sie gerät langsam in Panik. Jetzt vergreift sie sich sogar an Kindern: Sie will den Sprösslingen von Einwanderern die Schulbil-

dung vorenthalten. Und dann kopiert sie ausgerechnet von den sterbenden Sozialisten das Parteiemblem, die Rose. Ihre Kampagne geht den Bach hinunter.

Sie sind kein Putin-Freund. Was sagen Sie zu den Schnüffelwürfen gegenüber Moskau?

Ich glaube kein Wort von dem, was die Amerikaner behaupten. Dafür gibt es keinerlei Beweise. Warum schockiert es uns nicht, dass uns der US-Geheimdienst ausspioniert? Ich bin sehr beunruhigt über die antirussische Stimmung in Europa. Auch wenn ich keinerlei Sympathien für Wladimir Putin hege: Das Verhalten der Europäer gegenüber Moskau ist unverhältnismäßig, ja irrational. Frankreich hat historisch enge Beziehungen zu Russland. Es ist in unserem Interesse, die Dinge zu beruhigen. Sonst kriegen wir auf dem Kontinent ein Problem.

Interview: Stefan Brändle

Alle gegen Manuel Valls

Frankreichs Sozialisten nehmen in der TV-Debatte die Wirtschaftspolitik der Regierung auseinander

Von Stefan Brändle

PARIS. Nach der abendfüllenden Debatte mit sieben Kandidaten vor knapp vier Millionen Fernsehzuschauern steht eines fest: Die französischen Sozialisten werden sich im Präsidentschaftswahlkampf nicht auf die Errungenschaften der Hollande-Ära berufen. Was die Bilanz des Noch-Präsidenten betrifft, zeigten sich die sieben Kandidaten mehr als reserviert. Ex-Minister Arnaud Montebourg meinte, Parteifreund François Hollande sei bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit „gescheitert“, und Benoît Hamon vom linken Parteiflügel kritisierte „eine unfertige Amtszeit“. Vincent Peillon äußerte „Unverständnis“ gegenüber dem unternehmerfreundlichen Regierungskurs.

Im Fokus hatten sie alle unausgesprochen Hollandes lang-

jährigen Premierminister Manuel Valls. Mit verkniffenem Gesicht nahm der Vertreter des rechten Parteiflügels die indirekten Angriffe entgegen; trotzig drückte er seinen „Stolz“ aus, Hollande „in diesen schwierigen Zeiten des Terrorismus gedient zu haben“.

Offen zu Tage traten die ideologischen Differenzen beim Thema Arbeitsgesetz. Montebourg und Hamon ließen kein gutes Haar an diesem umstrittenen Gesetz zur Liberalisierung des Arbeitsmarktes, das Valls im vergangenen Sommer mit einem Trick ohne Parlamentsabstimmung durchgedrückt hatte. Die beiden Linkskandidaten nannten Beispiele von Firmen, die das aufgeweichte Entlassungsrecht bereits anwenden. Beide erklärten, sie würden das Gesetz nach ihrer Wahl abschaffen.

Valls versuchte, sich zu verteidigen, indem er die sozialen Vorteile des neuen Arbeitsrechts he-

rausstrich. Nur mit Mühe parierte er die Journalistenfrage, ob er nicht „die Ideale der Linken verraten habe“.

Vier der sieben Kandidaten, darunter zwei dissidente Grüne und die „Radikallinke“ Sylvia Pinel, haben kaum Chancen, Ende Januar in die Stichwahl der parteiinternen Vorauswahl zu gelangen. In einer ersten Erhebung schnitt Montebourg in der TV-Debatte am besten ab, gefolgt von Valls und Hamon. Das Trio dürfte das erste Wahlrennen unter sich ausmachen.

Konflikte im linken Lager

Wer auch immer als Sieger aus den beiden Durchgängen der sozialistischen Vorwahlen vom 22. und 29. Januar hervorgehen wird: Für die eigentliche Präsidentschaftswahl im April und Mai dominieren laut Umfragen zwei an-

dere Linkskandidaten, die gar nicht an der Vorwahl der Sozialisten teilnehmen – der Linken-Chef Jean-Luc Mélenchon, der von den Kommunisten unterstützt wird, und der sozialliberale, der Mitte zuneigende Ex-Wirtschaftsminister Emmanuel Macron. Beide kommen in den Vorwählerhebungen auf mehr Stimmen als Valls oder Montebourg.

Letztgenannter meinte in der TV-Debatte, er würde sofort das Gespräch mit Mélenchon suchen, falls er die Vorwahl seiner Partei gewinne. Zugleich schloss er aber aus, sich zugunsten von Mélenchon zurückzuziehen, um einen Einheitskandidaten der französischen Linken zu ermöglichen. Geht aber die Linke getrennt ins Rennen, hätte sie kaum Chancen gegen die zwei Rechtskandidaten Marine Le Pen (Front National) und François Fillon (Republikaner).